



Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
im NS-DOK der Stadt Köln

Extrem rechte und rechtspopulistische Parteien im Regierungsbezirk Köln bei der Landtagswahl 2022

1. Einleitung	S. 2
2. Analyse extrem rechter und rechtspopulistische Parteien	S. 4
Alternative für Deutschland	S. 4
Basisdemokratische Partei Deutschland	S. 13
Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung – Politik für die Menschen	S. 16
3. Weitere Parteien	S. 19
4. Erste Einschätzungen und Thesen	S. 21
Zivilgesellschaft für Demokratie	S. 26
5. Anhang	S. 28
Tabellen	S. 28
Literatur und Quellen	S. 34

1. Einleitung

Am 15. Mai 2022 fanden in Nordrhein-Westfalen die Landtagswahlen statt. Insgesamt waren 29 Parteien zur Wahl angetreten – darunter auch extrem rechte bzw. rechtspopulistische oder rechtsoffene Gruppierungen. Deren Auftreten und Abschneiden hat die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln (MBR Köln) – wie schon bei vorhergehenden Wahlen – dokumentiert und für die vorliegende Wahlnachlese ausgewertet.

Auftrag Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus ist es, engagierte Menschen, Vereine und Verbände, Initiativen und Netzwerke, Bildungseinrichtungen, Politik und Verwaltung mit dem Ziel zu unterstützen, eine menschenrechtsorientierte demokratische Kultur zu stärken. Die Berater*innen der Mobilen Beratung vermitteln Informationen und Expertise auf der Basis von Recherche- und Analysearbeit. Daher gehört die Dokumentation von Strukturen, Entwicklungen und Veränderungsprozessen der verschiedenen Spektren der traditionellen und modernisierten Rechten im Regierungsbezirk Köln (RB Köln) zu den Kernaufgaben der MBR Köln. Bundesweit verwenden Teams der Mobilen Beratung den Begriff „Rechtsextremismus“ – unter Bezugnahme auf eine der am häufigsten in der Praxis verwendeten sozialwissenschaftlichen Definition sowie an einer verschiedene Forschungsperspektiven verbindende Konsensdefinition (Decker/ Brähler, 2006, S. 20f.) – als „Sammelbegriff für antimoderne Einstellungen, Handlungen und unterschiedliche politische Strömungen, deren verbindendes Element Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind und die nach ethnischer Homogenität von Völkern streben.“ (Bundesverband Mobile Beratung, 2020, S. 18)

Der Rechtspopulismus ist ebenfalls Gegenstand Mobiler Beratung. Dazu gerechnet werden „Gruppierungen und Parteien, die den politischen Raum zwischen Rechtsliberalismus und Rechtskonservatismus auf der einen sowie Rechtsextremismus auf der anderen Seite besetzen wollen.“ Entsprechende Parteien sind „typischerweise Sammelbecken, die unterschiedliche politische Kräfte umfassen, von rechtsliberalen und rechtskonservativen bis hin zu rechtsextremen.“ (ebd., S.20) Gerade dort, wo innerhalb einer Partei verschiedene Strömungen wirken, sind diese notwendigerweise nicht immer trennscharf abzugrenzen und bestimmten Kategorien zuzuordnen.

Anders als noch bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2017 (vgl. MBR NRW 2017), der Kommunalwahl 2020 (vgl. MBR Köln 2020) oder der Bundestagswahl 2021 (vgl. MBR Köln 2021) waren bei der Landtagswahl nur drei Parteien angetreten, die diesen Spektren zuzurechnen sind: Die *Alternative für Deutschland* (AfD), die *Basisdemokratische Partei Deutschland* (dieBasis) sowie die Kleinstpartei *Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen*. Die AfD büßte zwar gegenüber 2017 rund zwei Prozentpunkte ein,

ist jedoch mit 5,4 % der Wähler*innenstimmen weiterhin im nordrhein-westfälischen Landtag vertreten und damit die einzig relevante Kraft im parteiförmig organisierten Rechtsaußen-Lager.

Trotzdem werden im Folgenden alle drei Parteien hinsichtlich ihrer Inhalte und Programmatik, ihrer Personen, ihres Auftreten im Wahlkampf und ihrer Ergebnisse unter die Lupe genommen. Zudem werden einige Thesen zu Wahlerfolgen bzw. -misserfolgen formuliert. Zudem werden extrem rechte Parteien benannt, die zwar im Regierungsbezirk Köln aktiv sind, jedoch nicht zur diesjährigen Landtagswahl angetreten sind.

Die vorliegende Wahlnachlese der MBR Köln versteht sich nicht als gegen nur eine Partei gerichtete Veröffentlichung; auch lassen sich aus ihr explizit keine Empfehlungen für künftige Wahlen ableiten. Vielmehr werden diejenigen Gruppierungen eingeordnet, die tendenziell eine Gefahr für den Zusammenhalt der Bürger*innen sowie das friedliche Zusammenleben der bundesrepublikanischen Migrationsgesellschaft darstellen können. Dabei sei darauf verwiesen, dass rassistische und demokratiefeindliche Einstellungen sich zwar vornehmlich bei Anhänger*innen rechtspopulistischer Parteien wie der AfD zeigen (vgl. Vehrkamp/Merkel 2020), sie jedoch auch bei Wähler*innen demokratischer Parteien verbreitet sind. (vgl. Küpper et al., 2021, S. 61-62)

Alle in der Nachlese vorgestellten Ergebnisse, Auswertungen und Thesen beziehen sich auf den Zeitraum bis zum 23. Mai 2022; nachfolgende Entwicklungen und Veröffentlichungen wurden nicht berücksichtigt.

Das Team der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln,
Juni 2022

2. Analyse extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien

Alternative für Deutschland (AfD)

Im Februar 2013 gründete sich die *Alternative für Deutschland*, die erstmals 2017 als drittstärkste Partei mit 12,7 Prozent in den Bundestag einzog. Ein Jahr später war sie in allen 16 Landtagen vertreten – und ist es (mit Ausnahme Schleswig Holsteins) immer noch. Sie vertritt Positionen, welche sich in die Bandbreite zwischen rechtskonservativ, völkisch-nationalistisch und extrem rechts einordnen lassen. (vgl. Niedermayer/Poguntke, 2021)

Anfang März 2022 wurde vor dem Verwaltungsgericht Köln unter anderem ausgehandelt, ob das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD und ihre Jugendorganisation *Junge Alternative* (JA) als rechtsextremen Verdachtsfall einstufen darf. Das Gericht entschied, dass der Inlandsgeheimdienst die AfD-Gesamtpartei und die JA beobachten darf. Es sieht „tatsächliche Anhaltspunkte“ für extremistische Bestrebungen.“ (Bräutigam, 2022) Begründet wurde die Entscheidung unter anderem damit, dass die Partei einen „ethnisch verstandenen Volksbegriff“ verwende und dieser ein zentrales Ziel der AfD darstelle. Damit werde alles als ‚fremd‘ definierte ausgeschlossen um „das deutsche Volk in seinem ethnischen Bestand [zu] erhalten“ (ebd.).

Dies steht im Widerspruch zum Grundgesetz. Schon seit Jahren zielt die Programmatik der AfD darauf ab, „den Begriff des Volkes elementar mit der Kategorie der Zugehörigkeit“ zu verknüpfen, „die nicht mehr verfassungsrechtlich definiert ist, sondern von kulturellen und ethnischen Kriterien abhängt. Im Zentrum steht vor allem die Frage, wer nicht zum deutschen Volk gehören darf. Wer nicht deutscher Abstammung ist (was auch immer darunter zu verstehen ist), nicht der ‚deutschen Leitkultur‘ entsprechend lebt, sich nicht dem ‚christlichen Abendland‘ verpflichtet fühlt oder sich die Freiheit sexueller Selbstbestimmung nimmt, kann in der Perspektive der AfD nicht zum deutschen Volk gehören.“ (Wildt, 2017, S. 113)

Zwar sieht das Kölner Verwaltungsgericht in benanntem Urteil die Gefahr, dass sich verfassungsfeindliche Bestrebungen in der AfD durchsetzen könnten, dennoch darf der immer wieder als Beweis für die völkische Dominanz im Richtungsstreit angeführte „Flügel“ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz nicht mehr als gesicherte extremistische Bestrebung eingestuft werden. Der „Flügel“ habe sich formal aufgelöst und zurzeit sei nicht nachgewiesen, dass er noch existierte. Noch ist offen, ob das Urteil durch die nächste Instanz gehen wird (Stand: Mai 2022).

Der Landesverband NRW der AfD gilt als durch „Fehden und Intrigen gebeutelt“, die „mal ideologisch begründet, mal durch schlichte Karriereambitionen motiviert“ sind. (Roeser, 2022, S. 24) Hier kann man sogar von „mehr als zwei Parteien“ sprechen, „die das Label AfD – und

nicht viel mehr – vereint und die in wechselnden Konstellationen um die Macht ringen.“ (ebd., S. 25)

Die unterschiedlichen strategischen Ausrichtungen, die zu parteiinternen Unstimmigkeiten und Lagerkämpfen innerhalb der Partei führen, sind in Köln und im Kölner Umland nicht immer deutlich sichtbar. So hält sich der Kreisverband Köln mit eindeutigen Positionierungen zugunsten einzelner Repräsentant*innen des „bürgerlichen“ oder des „völkisch-rechtsextremen“ Lagers zurück.

Personen

Innerhalb der AfD NRW finden sich einerseits Anhänger*innen einer „bürgerlichen“ Ausrichtung“, die sich um ein moderates Erscheinungsbild bemühen. Zu ihnen gehört beispielsweise der Spitzenkandidat Markus Wagner, der nach der Landtagswahl als Fraktionsvorsitzender vom Chef der NRW-AfD, Martin Vincentz, abgelöst wurde. Andererseits kandidierten zur Landtagswahl Personen, die nach wie vor dem nun aufgelösten „Flügel“ nahestehen (beispielsweise Christian Blex – Platz 5 auf der AfD-Landesliste und Thomas Röckmann – Platz 13 auf der Landesliste). In einem „dritten Lager“ agieren Politiker*innen wie der stellvertretende Landessprecher Matthias Helferich¹, der „um die ‚neurechte‘ Durchdringung der AfD bemüht ist.“ (ebd.)

Auf der Landesliste kandidierten aus dem Regierungsbezirk Köln auch Sven Tritschler (Mitglied des Rates der Stadt Köln) und Carlo Clemens (Bundessprecher der *Jungen Alternative* und Abgeordneter im Rat der Stadt Bergisch Gladbach). Beide werden dem neuen Landtag angehören. Nicht so Iris Dworeck-Danielowski, die für die AfD sowohl auf dem Listenplatz 15 (als zweite Frau auf der Landesliste), als auch als Direktkandidatin im Wahlkreis 19 – Köln VII kandidierte. Ende 2021 und Anfang 2022 machte sie vor allem durch ihre Kooperation mit der neurechten und antifeministischen Frauengruppe *Lukreta* von sich reden. So trat sie beispielsweise am 16. Dezember 2021 als Rednerin bei einer von Reinhild Boßdorf unter dem Label von *Lukreta* angemeldeten Veranstaltung vor dem Düsseldorfer Landtag auf. Weitere Redner waren der in der verschwörungsideologischen Szene bekannte Blogger Miró Wolsfeld und der extrem rechte YouTuber Feroz Khan aus Dresden. Insgesamt nahmen etwa 80 Personen an der Veranstaltung teil, darunter Carlo Clemens, die Vorstandsmitglieder der JA-NRW Patrick Heinz und Zacharias Schalley (kandidierte zur Landtagswahl auf dem Listenplatz 12), die neurechte Influencerin Freya Honold aus Köln, Maximilian Schmitz von der

¹ Weitere Informationen zu Helferich in: MBR Köln, 2021, S. 6 ff.

Alten Halleschen Burschenschaft Rhenania-Salingia zu Düsseldorf sowie bekannte Neonazis wie Frank Kraemer (Rhein-Sieg-Kreis).

Zwei Tage später trat die *Revolte Rheinland*, eine Nachfolgeorganisation der sogenannten *Identitären Bewegung*, mit einem eigenen Block auf einer verschwörungsideologisch geprägten Demonstration gegen Corona-Schutzmaßnahmen auf. Diese wurde von Personen aus dem dieBasis-Umfeld angemeldet. Auch hier war Dworeck-Danielowski zugegen und kommentierte ein dabei entstandenes Selfie auf ihrer Homepage mit der Forderung „Querfront!“.

Am 8. März, dem internationalen feministischen Kampftag, zeigte die frauenpolitische Sprecherin der AfD, Dworeck-Danielowski, offen ihre Sympathie für *Lukreta* und bot Reinhold Boßdorf eine Bühne, indem sie sie als Tandem-Partnerin für ein Statement wählte, das über den Instagram-Account des Landtags NRW verbreitet wurde.²

Obwohl die AfD sich auch in NRW als „Vertreterin des kleinen Mannes“ geriert, die gegen die Altparteien, die „politische Klasse“ und das „korrupte Establishment“ agiert (s. dazu auch Kellershohn, 2021, S. 4), stellten sich auch Funktionsträger*innen zur Wahl, deren fragwürdige Praxis den Widerspruch zwischen Propaganda und Wirklichkeit aufzeigt. So wurde als Direktkandidat der AfD im Wahlkreis 31 – Bonn II Sascha Ulbrich aufgestellt. Der ehemalige Polizist und derzeitiger Sprecher des AfD Kreisverbandes Bonn beschreibt sich auf der AfD NRW-Website als einer, dessen besonderes Anliegen ein „entschiedenes Vorgehen gegen kommunalen Klüngels“ ist. Doch der Anfang Februar 2022 aus der Partei ausgetretene Alex Savelsberg – bis dahin Kassenwart der AfD Bonn – hatte schwere Vorwürfe gegen Ulbrich erhoben. Dieser soll versucht haben, ihn von „kreativer Buchhaltung“ zu überzeugen. So sollte Savelsberg offenbar für Ulbrich ein Stromaggregat mit Parteigeldern bezahlen. Ulbrich habe daraufhin den Kaufpreis vorgeblich an die Partei zurückspenden wollen – dadurch hätte es staatliche Zuschüsse gegeben. (Jeder von einer natürlichen Person an eine Partei gespendete Euro wird im Rahmen der staatlichen Teilfinanzierung mit 0,45 Euro bezuschusst). Savelsberg schreibt, dass Ulbrich diesen Deal nach seiner Weigerung stattdessen mit dem Kreisverband Rhein Erft abgewickelt habe. (vgl. Savelsberg, 2022)

Wahlprogramm

Die inhaltlichen Schwerpunkte der AfD benennt der Sprecher des Landesverband NRW, Martin Vincentz, in seinem Vorwort zum Wahlprogramm zur Landtagswahl 2022 wie folgt: „Die Alternative für Deutschland ist [...] die einzige Partei, die die wirklichen Probleme unserer

² Nach Bekanntwerden des Mitwirkens der rechten Influencerin wurde die Story wieder gelöscht.

Gesellschaft anspricht und auf die politische Agenda bringt. Dazu zählen der demografische Wandel, der Niedergang der Familie, die Lage der inneren Sicherheit, die gescheiterte Migrationspolitik, die anhaltende Bildungsmisere, der Abbau der Gesundheitsfürsorge und die Kaufkraftverluste durch Inflation – um nur einige Beispiele zu nennen.“ (AfD NRW, 2022, S. 2) Hier wird die politische Agenda der Partei deutlich. Neben einer sozialpopulistischen Agitation, die darauf abzielt, „zahlreiche Wähler*innen aus dem Kreis abhängig Beschäftigter für sich zu gewinnen“ (Häusler/ Roeser, 2022, S. 16), sind es auch die „Aufreger-Themen“, die in populistischer Manier besetzt werden können. So ist von einer „Klima-Hysterie“ die Rede, die in den „letzten Jahren [...] von den Medien planmäßig erzeugt worden“ (AfD NRW, 2022, S.5) sei. Neben den dahinterstehenden Verschwörungserzählungen von manipulierten und manipulierenden Medien, die Assoziationen zur sogenannten „Lügenpresse“-Erzählung hervorrufen, wird der menschengemachte Klimawandel und der daraus entstehende Handlungsdruck relativiert. Es wird ein „Klima-Realismus statt [eine] Klima-Religion“ (ebd.) gefordert und damit der Versuch unternommen, den Einsatz für das Klima abzuschwächen und diesen als unwichtiges Thema zu präsentieren.

Die AfD setzt sich „für eine echte Familienpolitik“ ein: Das „größte sozialpolitische Problem Deutschlands“ sei „der demografische Wandel. [...] Die AfD stellt sozialpolitisch die Familien ins Zentrum und hat ein umfassendes Programm zur Erreichung höherer Geburtenzahlen erarbeitet.“ (ebd., S. 4) Für die AfD besteht die „traditionelle Familie“ aus Vater, Mutter und Kind, andere Modelle existieren in diesem Weltbild nicht. Die Frau soll zurück in ihre häusliche Sphäre gedrängt werden und ihrer vermeintlich biologischen Aufgabe gerecht werden. Denn die AfD hat erkannt: „[D]er Kinderwunsch ist ein biologisch verankertes Grundbedürfnis des Menschen.“ (ebd., S. 49) Für die Geburtenrückgänge und dadurch dem „Aussterben des deutschen Volkes“ wird der Feminismus verantwortlich gemacht. So kombiniert die AfD völkische mit antifeministischen Versatzstücken. Zwar spricht sich die Partei für eine Gleichberechtigung von Frauen und Männern aus, eine Quotenregelung werde jedoch nicht benötigt. (vgl. ebd., 52) Gleichstellungsbeauftragte werden abgelehnt (ebd.), dagegen müsse der „systematische[n] Benachteiligung von Jungen und Männern“ (ebd., S. 51 f.) Einhalt geboten werden.

Sexistische Strukturen werden allein einem Außen zugeschrieben. So ist von einem „teils patriachalische[m] Männerbild [...] zugewanderten Gesellschaftsgruppen“ (ebd., S. 52) die Rede sowie davon, dass „Frauen [...] oftmals von jungen Nichteuropäern in der Öffentlichkeit angesprochen und manchmal sexuell belästigt“ (ebd., S. 16) werden. Das heraufbeschworene Bild eines Täters, der seine Opfer im öffentlichen Raum zufällig auswählt, erzeugt einen Angstraum. Ausgeblendet wird die Tatsache, dass Täter sexualisierter Gewalt häufig aus dem familiären Umfeld oder dem Bekanntenkreis der Betroffenen kommen. In den

Sinnzusammenhang eines „völkisch-nationalistisch untermauerten Frontalangriff[s] auf die deutsche [...] Einwanderungsgesellschaft“ (Häusler/ Roeser, 2022, S. 2) gesetzt, wird einem rassistisch abgewertetem Täter nicht die Überschreitung der Grenze der Betroffenen, sondern die Überschreitung der Grenze zwischen vermeintlichen „deutschen“ und „nicht-deutschen“ Menschen angelastet.

Auch fordert die Partei, die „Ausbreitung des Islams [zu] stoppen“ (ebd., S.5). Hier bedient sie die in der Neuen Rechten weit verbreitete Verschwörungserzählung des „Großen Austausches“ bzw. einer „Umvolkung“ und schürt das Drohszenario einer „Minderheit im eigenen Land“. Im Wahlprogramm wird weiter ausgeführt: „Im Jahr 2080 werden zwischen 35 und 40 Prozent der Bevölkerung in Deutschland muslimischen Glaubens sein. Die AfD hält das für nicht wünschenswert und will dem politisch entgegenwirken.“ (ebd.) Die Partei konstruiert ein (christlich-weiß-grundiertes) „Wir“, das nur gegen „die Anderen“ existieren kann. Hier findet sich zwischen und hinter den Zeilen des Wahlprogramms antimuslimischer Rassismus.

Weiter setzt sich die AfD für eine Abschottungspolitik Deutschlands ein und möchte den Nationalstaat stärken sowie die EU einvernehmlich auflösen. (vgl. ebd., S. 2f.) Die Partei spricht von „Massenmigration“ als „Folge eines irregeleiteten Humanitarismus“ (ebd., S. 37). Sie verbreitet rechte Hetze und bagatellisiert die Gründe für Menschen, aus ihrer Heimat zu fliehen. Um die Wirtschaft zu unterstützen akzeptiert die Partei jedoch eine „maßvolle legale Einwanderung“ (ebd., S. 59). Durch die Einteilung von „guten und nützlichen“ und „schlechten und unnützen“ Menschen, die nach Deutschland kommen, spaltet die AfD die Gesellschaft.

Die Benachteiligung so genannter Modernisierungsverlierer*innen werde, so eine Studie der Otto Brenner Stiftung, von populistisch-rechtsradikalen Parteien „mehrheitlich nicht als sozioökonomischer Verteilungskonflikt oder als Konsequenz erhöhter Renditeerwartungen“ thematisiert. „Vielmehr wird die nationale Identität der arbeitenden Menschen betont und auf dieser Basis der Anspruch auf soziale Teilhabe und Absicherung nur für die ‚einheimische‘ Bevölkerung formuliert. Dadurch verkommt der Solidaritätsanspruch dieser Parteien zu einer Forderung nach ‚exklusiver Solidarität‘.“ (Pühringer/ Beyer/ Kronberger 2021, S. 55-56)

Wie erwartet fordert die AfD auch die „[n]atürliche Sprache statt Gender-Gaga“ und will das schriftliche Gendern verbieten. Sie redet von einer „Verhuzung der deutschen Sprache“ und von „Linksrünen Volkserzieher[n]“. (AfD NRW, 2022, S. 5) Abgelehnt wird eine Sprache, die versucht, alle Menschen zu inkludieren und verschiedene geschlechtliche Identitäten abzubilden.

Während der Rechtsextremismus³ im Wahlprogramm nicht erwähnt wird, wird das Themenfeld Linksextremismus aufgeführt und dabei der politische Gegner diskreditiert. So fordert die AfD ein „Verbot von Doppelmitgliedschaften, gemeinsamen Aufrufen oder Solidaritätsbekundungen“ zwischen den Jugendorganisationen der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und „militanter linksextremer Organisationen“ (ebd., S. 18).

Wahlkampf

Die AfD trat bis in Aachen (Wahlkreis 1 – Aachen I und Wahlkreis 2 – Aachen II) in allen Wahlkreisen des Regierungsbezirks Köln mit Direktkandidat*innen zur Wahl an.

In den Kölner Wahlkreisen fanden nach Kenntnisstand der MBR Köln um die 23 Wahl-/Infostände der AfD statt. Dabei zeigte sich einmal mehr, dass an einem Tag mehrere Wahl-/Infostände durchgeführt wurden. So baute die AfD beispielsweise am 7. Mai sowohl auf dem Rochusplatz in Köln-Bickendorf, als auch in Köln-Nippes am Wilhelmsplatz und in Porz-Zündorf einen Wahlstand auf. Am 14. Mai gab es AfD-Stände in Mülheim am Wiener Platz, in Chorweiler auf dem Liverpooler Platz und in Porz-Mitte am Chlodwigplatz. Im Anschluss fuhr ein Lautsprecherwagen über die Kölner Ringe zum Barbarossaplatz und anschließend zum Heumarkt.

Laut *Köln gegen Rechts* und *Kein Veedel für Rassismus* fand am 13. Mai im „Bierhaus am Rhein“ die Wahlkampfabschlussveranstaltung der AfD statt. Die Vermietung fand wohl unter dem Vorwand einer Konfirmationsveranstaltung in einem Hinterzimmer statt. Nachdem der Wirt der Gaststätte informiert wurde, um was für Gäste es sich handelte, verwies er die AfD des Saales.

Natürlich fanden auch im übrigen Regierungsbezirk Köln Wahlveranstaltungen der AfD statt. In Bonn stellte sich die Partei beispielsweise regelmäßig mit einem Mini-Infostand an Tankstellen auf.

Am 25. April wurde Sascha Ulbrich und somit die AfD zu einer Podiumsdiskussion an der Elisabeth-Selbert-Gesamtschule in Bonn explizit nicht eingeladen. Nichts desto trotz erschien er in Begleitung mit Gerald Christ und wurde erneut ausgeladen. Im Anschluss folgte in populistischer Manier eine Opferinszenierung der AfD auf Facebook.

In Gummersbach führte die AfD am 23. April ein Wahlstand mit dem Vorsitzenden der „Russlanddeutschen in der AfD“ durch. Mit dabei waren Eugen Schmidt und Bernd Rummeler.

³ Von Bundesinnenministerin Nancy Faeser bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2021 als „größte Gefahr für die Menschen in unserem Land“ bezeichnet.

Schmidt machte nicht zuletzt von sich Reden, als er in einem Interview mit einem russischem Medium erklärte: „‘Es gibt keine Demokratie in Deutschland. Das heißt, es wird eine einheitliche Meinung aufgedrängt, und zwar von der regierenden Elite, und alle anderen politischen Meinungen werden mit allen möglichen Mitteln unterdrückt: im Internet, in den Medien, unter anderem auch durch körperliche Übergriffe auf Andersdenkende.‘ Weiter bestreitet er, dass Deutschland ein Rechtsstaat ist, so nennt er es ‚illusorisch‘ zu glauben, dass Gerichte in Deutschland faire und gesetzeskonforme Urteile fällen würden.“ (Becker/ Heil, 2022). Das Interview fand eineinhalb Wochen nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine statt.

Der Wahlkampf beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Straße, sondern wurde auch auf Social Media geführt. Dort wurde auch ein AfD-Wahlwerbespot beworben. Dieser wird mit einer Drohnenaufnahme des Kölner Doms eingeleitet. Während der Sprecher des Spots verkündet „Wenn die Welt da draußen immer verrückter spielt...“⁴ werden Bilder von einer (wahrscheinlich Corona-)Impfung, sich drehenden Windrädern, einer Tanksäule, welche die in die Höhe schnellenden Preise beim Tanken zeigt, einer brennenden Barrikade sowie einer Krankenhaus-Mitarbeiterin bei der Pause gezeigt. Hier verdeutlicht die AfD, was für sie „verrückt“ bedeutet. Sie legt den Schluss nahe, dass sie sowohl die Gefährlichkeit der Corona-Pandemie als auch des Klimawandels negiert. Wenige Sekunden später heißt es: „Wenn Politik nur noch Maßnahmen, Verbote und Verordnungen kennt...“, unterlegt mit Bildern von Annalena Baerbock und mit Karl Lauterbach, die im Bundestag sprechen, einem Maske tragenden Mops und Polizeibeamt*innen, die gegen Demonstrierende vorgehen (offenbar eine der „Corona-Demonstrationen“). Nach dem nächsten Schnitt fragt der Sprecher: „...wer kämpft dann noch für unsere Freiheit?“ Hier zieht eine blonde Frau ihre Maske ab und atmet tief durch. Während dieser Szene wird das Wort „Freiheit“ eingeblendet. Mit der Darstellung von Maßnahmen wie das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes als „Diktatur“ (dem Gegenteil von Freiheit) sollen offenbar Skeptiker*innen der Corona-Schutzmaßnahmen zur Wahl der AfD animiert werden.

Das Video ist gespickt mit populistischer Agitation und arbeitet mit simplen Bildern. So wird zur Aussage „Wenn der Staat sich um alles Mögliche kümmert...“ eine Ampel mit einem LGBTQ-Symbol eingeblendet. Suggestiert wird damit, dass eine Gleichstellung aller Geschlechter und die Sichtbarmachung und Anmerkung von geschlechtlicher Vielfalt irrelevant sei. Wichtiger soll für den „normale[n] Bürger“ (AfD NRW, 2022, S. 10) offenbar die Frage sein: „...wer kümmert sich da eigentlich noch um unsere Straßen?“ Weitere rechte Narrative werden bedient wenn es heißt: „Und wenn Medien nur noch die Opposition im Visier haben...“ (hier werden Bilder

⁴ Alle Zitate im Folgenden (wenn nicht anders angegeben) aus: AfD TV, 2022

von Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen gezeigt, auf welchen auf AfD bzw. JA- Mitglieder zu sehen sind), „...wer passt dann auf die Mächtigen auf?“ Dadurch inszeniert sich die AfD als Partei „der kleinen Leute“ und als Opposition zu einer als korrupt imaginierten Elite. Darüber hinaus wird das Narrativ der „Lügenpresse“ beziehungsweise der „von der Regierung gelenkten Presse“ bedient. Das Werbevideo endet mit „Damit die nicht machen was sie wollen, sondern was sie sollen, braucht es jemanden, der aufpasst – und das sind wir.“ Hier sind fünf Personen zu sehen, Carlo Clemens, Martin Vincentz, Markus Walter, Enxhi Seli-Zacharias und Andreas Keith, die wie in einem Actionfilm in Anzügen auf die Kamera zu.

Ergebnisse

Die AfD konnte bei der Landtagswahl in NRW 5,2% der Erststimmen (insgesamt 368.314 Wähler*innen) für sich verzeichnen, was einen Verlust von 0,25 Prozentpunkten im Vergleich zur Landtagswahl 2017 bedeutet. Gravierender ist der Verlust bei den relevanteren Zweitstimmen, bei denen die Partei 1,9 Prozentpunkte verlor und insgesamt 5,4% (388.893 Wähler*innen) bekam.

Erneute Hochburgen der AfD in NRW waren Gelsenkirchen II (10,7%) und Duisburg III (10,1%). Für den Regierungsbezirk Köln tut sich vor allem der Oberbergische Kreis hervor. Der Anteil der Stimmen für die AfD liegt deutlich über dem NRW-Durchschnitt. In der Stadt Waldbröl erzielte die AfD 13,7%, was einen Zuwachs von 4,3 Prozentpunkte bedeutet. Hier erreichte die AfD ihr zweitbestes Ergebnis in ganz NRW, nur geschlagen durch Augustdorf bei Bielefeld (14,1% mit einem Zuwachs von 5,5 Prozentpunkten). Im Wahlkreis Oberbergischer Kreis I wählten 3.814 Personen (7,4%) mit ihrer Erststimme die AfD. Somit konnte die Partei ihr Ergebnis im Gegensatz zur Landtagswahl 2017 um 1,8 Prozentpunkte steigern. 3.763 Personen (7,3%) gaben der AfD ihre Zweitstimme, was einen Stimmenzuwachs von 0,5 Prozentpunkten darstellt. Im Wahlkreis Oberbergischer Kreis II zeigt sich der Stimmenzuwachs deutlicher. Hier erreichte die AfD mit 5.033 (9,8%) Erststimmen einen Stimmenzuwachs von 2,9 Prozentpunkten und mit 4.789 (9,2%) Zweitstimmen einen Zuwachs von 1,0 Prozentpunkten.

Losgelöst vom Oberbergischen Kreis konnte die AfD ihr Wahlergebnisse nur in vier Wahlkreisen und nur im Bereich der Erststimmen verbessern. Ansonsten musste sie nur Stimmenverluste verzeichnen.

In Heinsberg I steigerte die AfD ihre Ergebnisse um 0,1 Prozentpunkte und erreichte somit 5,1% (2.509 Stimmen) der Wähler*innen. Um 0,6 Prozentpunkte konnte sie ihr Ergebnisse auf 6,9% (4.098 Stimmen) im Wahlkreis Düren II verbessern. Im Rhein-Sieg-Kreis II fand eine

Steigerung um 1,6 Prozentpunkte statt. Hier wählten 2.296 Personen und somit 4,1% die AfD. Im Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis V konnte sie 5,3% (2.692 Personen) für sich verbuchen und auf eine Steigerung von 1,8 Prozentpunkte verweisen.

Ihre stärksten Verluste in Bezug auf die Zweitstimmen erlitt die AfD im Wahlkreis Köln VII mit einem Rückgang von 2,8 Prozentpunkten. Hier wählten nur noch 2.417 Personen (4,5%) die AfD. Im Wahlkreis Köln V wählten trotz einem Rückgang von 2,7 Prozentpunkten noch 2.959 Menschen (5,7%) die Partei. Um 2,6 Prozentpunkte verlor die Partei in Köln IV (5,6%, - 2.690 Wähler*innen) und in Leverkusen (5,8 %, - 3.367 Wähler*innen). Die niedrigsten Ergebnisse musste die AfD in den Wahlkreisen Köln II mit 2,1% (1.622 Stimmen), Aachen I mit 2,6% (1.303 Stimmen) und in Köln I (1.833 Stimmen) sowie Köln III (1.806 Stimmen) mit jeweils 2,8% verzeichnen.

In Köln fällt die AfD in teilweise unter die Rubrik „Sonstiges“, wohingegen sie in Wahlbezirken in Chorweiler, Porz, Kalk und Mülheim mitunter noch zweistellige Prozentzahlen für sich gewinnen konnte. Im Stadtbezirk Chorweiler erzielte die AfD im bei den Zweitstimmen 7,48%, was einen Verlust von 2,2 Prozentpunkten ausmacht. Im Stadtteil Chorweiler erzielte die Partei jedoch einen Stimmenzuwachs von 2,27 Prozentpunkte und erreichte somit 15,99% der Zweitstimmen. Von den 5.838 Wahlberechtigten gingen nur 1.279 Menschen zur Wahlurne. Die Wahlbeteiligung im Stadtteil Chorweiler lag somit bei 21,91%. Im Wahlbüro 60902 – Bezirksrathaus Chorweiler, Bürgeramt wurde die AfD mit 28,32% der Zweitstimmen die stärkste Partei. Von den insgesamt 1.060 Wahlberechtigten gingen nur 115 Personen zur Wahl. Somit lag die Wahlbeteiligung bei 10,85%, wovon zwei angegebene Stimmen ungültig waren. Hier zeigte sich erneut, dass die AfD oft dort einen hohen Stimmenanteil erzielen konnte, wo die Wahlbeteiligung gering ausfiel. (s. zu diesem Zusammenhang auch Pt. 4)

Gleiches zeigt sich im Wahlbüro 90902 – GGS Am Feldrain im Stadtteil Flittard im Wahlkreis Köln VII. 33 Personen wählten die AfD und verschafften ihr somit 13,36% der Zweitstimmen.

Als Kontrast lässt sich der Stadtteil Flittard anführen. Hier gaben 184 Wähler*innen der AfD ihre Stimme und die Partei erreichte 7,47% der Zweitstimmen. Damit verlor die AfD im Vergleich zur Landtagswahl 2017 2,72 Prozentpunkte. Im Stadtteil Dellbrück kam die AfD nur auf 3,15% der Zweitstimmen. Hier wurde sie allerdings von 333 Wähler*innen gewählt. Von den 16.319 Wahlberechtigten nahmen 10.634 Personen ihr Wahlrecht wahr. Die Wahlbeteiligung lag hier bei 65,16%.

Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis)

Im Juli 2020 ging aus Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen die Gründung der *Basisdemokratischen Partei Deutschland* (dieBasis) hervor. Die relativ junge Partei ist im Umfeld der „Querdenken“-Bewegung angesiedelt und „wiederholt durch verschwörungs-ideologische und antisemitische Aussagen aufgefallen.“ (BMB, 2021, S. 4)

Der Mikrobiologe Sucharit Bhakdi wurde im Mai 2022 wegen Volksverhetzung angeklagt. Die Generalstaatsanwaltschaft Schleswig-Holstein wirft ihm vor, anlässlich einer Wahlkampfveranstaltung zur Bundestagswahl 2021 als Spitzenkandidat von dieBasis in Kiel eine Rede gehalten zu haben, in der er die Zulassung von COVID-19-Impfstoffen in Verbindung mit einem „Endziel“ nannte und von einem zweiten Holocaust sprach.

Nach Eigenangaben hat dieBasis über 34.000 Mitglieder (dieBasis 1, 2022).

Wahlprogramm

Zur Bundestagswahl 2021 hatte die Partei noch kein eigenes Wahlprogramm erarbeitet, sondern auf ihr zweiseitiges Rahmenprogramm und das dort beschriebene Leitbild verwiesen. Zur Landtagswahl 2022 trat dieBasis in NRW mit ihren „wichtigsten Themen“ zur Wahl an: Gesundheit/ Pflege/ Altenbetreuung, Direkte Demokratie, Schule/Bildung/Kinder, Medien, Justiz/ Machteinschränkung und Infrastruktur/ Energie (dieBasis 2, 2022). In fast allen Bereichen bietet die Partei die Möglichkeit, an einer Umfrage teilzunehmen und versucht so, das Versprechen nach Mitbestimmung und Basisdemokratie umzusetzen. Ebenso macht sich dieBasis dafür stark, dass die 5%-Hürde herabgesetzt wird und verbindet das mit dem Anspruch, dass „[n]iemand [...] jemals diskriminiert werden“ (ebd.) darf.

Diese eigenwillige Interpretation von Diskriminierung zielt nicht auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen anhand von (konstruierter) „Ethnie“ oder „Kultur“, sondern auf das eigene Abschneiden bei Wahlen ab. In einer Veröffentlichung zur Bundestagswahl 2021 wurde noch gegen eine „Impf-Apartheid“ (dieBasis 2, 2021) vorgegangen und festgehalten, dass man über „das Thema Verfassung und Souveränität reden“ (dieBasis 3, 2021) müsse. Diese Formulierung ist insbesondere im Reichsbürger*innen-Milieu weit verbreitet. Dabei wird auf die Vorstellung verwiesen, die BRD sei kein souveräner Staat.

Im Themenbereich „Gesundheit/ Pflege/ Altenbetreuung“ finden sich keine expliziten Bezüge zur Corona-Pandemie, jedoch wird der Zusammenhang durch Sätze wie „[n]icht nur beim Kinderwunsch gehört Dein Körper Dir!“ und „[d]ie freie Impfentscheidung“ (ebd.) hergestellt. Ansonsten werden Forderungen nach einer „deutlichen[n] Erhöhung der Anzahl an Pflegekräften und faire und menschliche Arbeitsbedingungen“ (ebd.) laut.

Im Bereich Medien fordert dieBasis „zensurfreie und frei finanzierte Medien, die transparent und objektiv informieren – für echte Demokratie!“ Entscheidungen über Verbote oder Löschungen von Inhalten müssten „einem unabhängigen, rechtsstaatlichen Verfahren vorbehalten sein“ (ebd.). Aus diskriminierungskritischer Perspektive ist diese Forderung problematisch. Stellen doch gerade die unkomplizierte Löschung von diskriminierenden und verschwörungsideologischen Inhalten einen Schutz für von Diskriminierung betroffener Personen da. Rechtsstaatliche Verfahren wären mit der Fülle an zu prüfenden Inhalten haltlos überfordert. Die Partei selbst war schon von einem entsprechenden Vorgang zur Verhinderung von fake news betroffen. So wurde der YouTube-Kanal von dieBasis NRW nach eigenen Angaben im Juni 2021 gelöscht weil gegen „Richtlinien zu medizinischen Fehlinformationen“ (dieBasis 1, 2021) verstoßen worden war.

Gleichzeitig wird mit der Forderung nach „zensurfreien“ Medien, die „transparent und objektiv informieren“ (dieBasis 2, 2022) suggeriert, dass dies bei den Öffentlich-Rechtlichen nicht der Fall wäre. Dahinter steckt die verschwörungsideologisch geprägte Erzählung der „Lügen-Presse“, die von mächtigen Personen gelenkt und manipuliert werde.

Wahlkampf

DieBasis verkündete während des Wahlkampfes auf ihrer Website, dass sie in allen Wahlkreisen der Stadt Köln mit Direktkandidat*innen wählbar sei (vgl. dieBasis 3, 2022). Jedoch trat die Partei in den Wahlkreisen 14 – Köln II, 17 – Köln V und 18 Köln-IV nicht mit Direktkandidat*innen zur Wahl an. Die Bekanntmachung wurde später korrigiert. Darüber hinaus ließ dieBasis die Wahlkreise 8 – Euskirchen, 22-Rheinisch-Bergischer-Kreis II und 24 – Oberbergischer Kreis II mit Direktkandidat*innen unbesetzt.

Die auf der Website der Partei veröffentlichte Landesliste (Stand 20.02.2022) umfasste 30 Kandidat*innen, wovon zehn aus dem Regierungsbezirk Köln stammten. Hierbei war der Kreisverband Heinsberg mit fünf Kandidat*innen besonders stark vertreten (vgl. dieBasis 4, 2022).

Zwar hat die Partei den Einzug in den Landtag deutlich verfehlt (siehe Ergebnisse), dennoch war ihr Wahlkampf in Anbetracht der kurzen Zeit ihres Bestehens professionell geführt. DieBasis prägte das Bild vieler Städte und Regionen durch ihre zahlreichen Wahlplakate mit. Nicht selten zeichnete sich die Partei dadurch aus, dass sie Wahlplakate in mehreren zeitlichen Etappen aufhing und so immer wieder neue Motive auftauchten. Der Straßenwahlkampf wurde um Wahl- und Infostände ergänzt, wie beispielsweise am 16. April in Düren, Aachen und Hückelhoven, am 23. April in Frechen und am 7. Mai vor den Köln Arcaden in Köln Kalk.

Ergebnisse

Zur Landtagswahl 2022 wurde dieBasis in gesamt NRW von 55.243 Wähler*innen (0,8%) mit ihrer Erststimme und von 59.937 Wähler*innen (0,8%) mit ihrer Zweitstimme gewählt. Die Wahlergebnisse im Regierungsbezirk Köln bewegen sich um den NRW-Schnitt herum.

Bei den abgegebenen Erststimmen befindet sich nur der Wahlkreis Köln I mit 0,7% (446 Stimmen) unterhalb des NRW-Durchschnittes. Das beste Ergebnis erreichte die Partei im Wahlkreis Aachen II mit 1,8% (864 Stimmen) der Erststimmen. Gefolgt vom Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis I mit 1,7% (955 Stimmen) und Aachen I (758 Stimmen), Düren II (911 Stimmen) und Rhein-Sieg-Kreis III (927 Stimmen) mit jeweils 1,5% an Erststimmen. Weitere elf Wahlkreise befinden sich über den NRW-Durchschnitt von 0,8%. Im Bereich der Zweitstimmen liegen die Wahlkreise Köln I (439 Stimmen), Köln III (481 Stimmen), Köln V (360 Stimmen) und Köln VI (401 Stimmen) mit jeweils 0,7% der Zweitstimmen unterhalb des NRW-Durchschnittes.

Die schlechtesten Ergebnisse erhielt dieBasis in den Wahlkreisen Köln II (468 Stimmen), Rhein-Erft-Kreis II (403 Stimmen) und in Aachen II (355 Stimmen) mit 0,6%. Die besten Ergebnisse erzielte die Partei in den Wahlkreisen Rhein-Sieg-Kreis I mit 1,5% (833 Stimmen), im Oberbergischen Kreis II mit 1,4% (740 Stimmen) und im Rhein-Sieg-Kreis III mit 1,3% (827) der Stimmen. Die restlichen Ergebnisse im Regierungsbezirk Köln bewegen sich zwischen 0,8% (vier Wahlkreise), 0,9% (sieben Wahlkreise), 1% (fünf Wahlkreise), 1,1% (zwei Wahlkreise) und 1,2% (drei Wahlkreise). Die Ergebnisse der einzelnen Kreise können den Tabellen im Anhang entnommen werden.

Auffällig ist, dass dieBasis eigentlich überall, wo sie mit Direktkandidat*innen antrat, mehr Erst- als Zweitstimmen für sich gewinnen konnte.

Ab jetzt... Demokratie durch Volksabstimmung – Politik für die Menschen (Volksabstimmung)

Die dem nationalkonservativen bis rechtspopulistischen Spektrum zuzuordnende Kleinstpartei *Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung – Politik für die Menschen* (Volksabstimmung) wurde 1997 gegründet. Ihr Wirkungsbereich beschränkt sich auf den Rhein-Sieg-Kreis. Bis ins Jahr 2006 tauchte die Volksabstimmung mehrere Jahre lang im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht auf.

Die Partei verweilt nahezu in der Bedeutungslosigkeit. Zwar erhielt sie bei der Kommunalwahl 2020 in Siegburg mit 1,68% der Stimmen einen Sitz im Rat der Stadt, jedoch war die Anzahl der Stimmen bei der Bundestagswahl 2021 in ganz Nordrhein-Westfalen so gering, dass sie in den offiziellen Statistiken rechnerisch mit 0,0% ausgewiesen wurden. Im Rhein-Sieg Kreis I konnte die Partei zur Bundestagswahl 2021 insgesamt 601 Wähler*innen für sich verbuchen, im Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis II waren es 484 Wähler*innen.

Auch dieses Jahr trat *die Volksabstimmung* nur im Rhein-Sieg-Kreis mit Direktkandidat*innen zur Wahl an. In allen anderen Wahlkreisen sicherte sie sich über die Landesliste ihre Wählbarkeit. Der Vorsitzende des dortigen Kreisverbandes, Helmut Fleck, ist gleichzeitig auch Bundesvorsitzender.

Wahlprogramm

Die Partei *Volksabstimmung* strebt die Einführung von Volksabstimmungen für zentrale Themen der Politik auf Bundesebene an. Sie orientiert sich hierbei an der Schweiz.

In den „Aussagen zur Landtagswahl“ 2022 ist, wie schon bei der Bundestagswahl, von einer „Zuschauerdemokratie“ (Flick 1, 2022) die Rede, was mit einer Umfrage von 2013 untermauert wird, nach der „87% der Bürger [...] der Meinung [sind], dass das Volk politisch nichts zu sagen hat“ (ebd.). Der Text endet damit, dass die Partei angibt „Wir kümmern uns“ und „Wir bringen Ihre Anliegen mit Anträgen und Anfragen in die politischen Entscheidungsgremien“. Durch diese Rhetorik inszeniert sich die *Volksabstimmung* als „volksnahe“ Partei, welche die Bürger*innen aktiv in politischen Entscheidungen einbeziehen würde – im Gegensatz zu allen anderen Parteien.

In den „Vorschläge[n] für Volksabstimmung“ zählt die Partei unterschiedliche inhaltliche Positionen auf. Jede Gemeinde solle „durch Bürgerentscheid festlegen, ob und ggf. wann sie welche und wie viele Zuzügler für wie lange aufnimmt!“ (ebd.). Es darf angenommen werden, dass damit nicht die Frage gemeint ist, ob auch weiße Deutsche von Köln nach Leverkusen

ziehen dürfen. Vielmehr wird auf ein geteiltes Wissen zu Geflüchteten oder anderen als „störend“ und „fremd“ Assoziierten abgezielt, ohne dass diese expliziert werden müssten.

Eine weitere Aussage lautet: „Der Ansteckungsmythos – Viren sind nicht die Ursache von Krankheiten (Louis Pasteur: ‚Der Keim ist nichts, das Milieu ist alles.‘)!“ (ebd.). Hier wird die Corona-Pandemie mehr oder weniger offen geleugnet. In einer anderen Aussage heißt es faktenwidrig, dass die Maskenpflicht „unserer Gesundheit durch die Rückatmung von CO₂“ (ebd.) schade.

In einem Infobrief „Volksabstimmung“ wird den Leser*innen und ihren Verwandten frohe Ostern gewünscht. Gleichzeitig wird das zweite Blatt des Infobriefs dafür verwendet, um auf die nahende Landtagwahl hinzuweisen. Die Partei inszeniert sich hier bürger*innennah und verstrickt den Wahlauf Ruf mit der Verschwörungserzählung, dass Politik nicht für Menschen, sondern „für die Banken-, Pharma-, Energie- und Waffenlobby“ (Fleck 2, 2022) gemacht werde. Um diese „Parteiherrschaft“ (ebd.) aufzubrechen müsse sie durch Volksabstimmungen demokratisiert werden.

Wahlkampf

Zur Zeit des Wahlkampfes trat die *Volksabstimmung* nach Einschätzung der MBR Köln nicht nennenswert in Erscheinung – weder auf der Straße, noch im Internet.

Ergebnisse

In gesamt NRW gaben 1.033 Wähler*innen (0%) der Volksabstimmung ihre Erst- und 5.613 Wähler*innen (0,1%) ihre Zweitstimme. Die Ergebnisse im Regierungsbezirk Köln bewegten sich zumeist um den NRW-Schnitt herum. Im Wahlkreis Köln I (25 Stimmen) und Köln II (37 Stimmen) sowie Bonn I (22 Stimmen) und Bonn II (32 Stimmen) erhielt die Partei rechnerisch 0% der Zweitstimmen.

Ein besseres Ergebnis als der NRW-Schnitt erreichte die Partei im Wahlkreis Oberbergischer Kreis II mit 0,2% (81 Wähler*innen) der Zweitstimmen – der einzigen Wahlkreis im Regierungsbezirk Köln, in dem die Partei einen Stimmenzuwachs (0,1 Prozentpunkte) verzeichnen konnte.

Der Rhein-Sieg-Kreis zeichnete sich unter anderem dadurch aus, dass die Partei hier im Gegensatz zum restlichen Regierungsbezirk mit Direktkandidat*innen zur Wahl angetreten war. Lediglich der Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis III blieb unbesetzt. In diesem Wahlkreis erzielte die Partei auch ihr schlechtestes Ergebnis von 0,1% der Zweitstimmen. In den Wahlkreisen Rhein-

Sieg-Kreis I (167 Stimmen), IV (161 Stimmen) und V (177 Stimmen) bekam die Partei 0,3% der Zweitstimmen, im Wahlkreis II 0,2% (113 Stimmen). Im Bereich der Erststimmen erreichte die Partei bessere Ergebnisse. So wurde sie im Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis I von 233 (0,4%), im Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis II von 213 (0,4%) und im Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis IV von 269 (0,5%) sowie im Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis V von 318 (0,6%) Personen gewählt.

Insgesamt verharrte die Partei in den Wahlkreisen des Regierungsbezirks Köln auf einem niedrigen Niveau und musste vielerorts einen Stimmenverlust verzeichnen.

3. Weitere Parteien (nicht zur Landtagswahl angetreten)

Im Regierungsbezirk Köln sind neben den oben benannten Parteien, die zur Landtagswahl antraten, weitere Parteien aus dem rechtspopulistischen bis neonazistischen Spektrum aktiv.

Zu letzterem zählt die Kleinstpartei *Die Rechte*. Zwar bezieht sie sich immer mal wieder auf den historischen Nationalsozialismus, bewegt sich hier jedoch an der Grenze der Strafbarkeit. Mitglieder der 2012 ins Leben gerufenen Partei fielen in der Vergangenheit durch Delikte wie Volksverhetzung und Körperverletzung auf. Ein Jahr nach der Gründung bildeten sich in NRW Parteistrukturen aus, die unter anderem als Auffangbecken für Aktivist*innen aus den im August 2012 verbotenen Kameradschaften fungierten. Im Regierungsbezirk Köln werden die meisten Aktivitäten der Partei vom Kreisverband Rhein-Erft organisiert. Aus deren Reihen wurde bei der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl 2020 ein Bürgermeisterkandidat für Kerpen aufgestellt. (vgl. MBR Köln 2020, S. 7)

Der *Aufbruch Leverkusen* um Markus Beisicht (ex-Vorsitzender von *pro NRW*) stellt eine Nachfolgeorganisation der nicht mehr existenten *pro-Bewegung* dar. Die Partei, die bei der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl 2020 in Leverkusen 1,4 Prozent der Stimmen bekam (vgl. MBR Köln 2020, S. 9), verwendet auf ihrer Facebook-Seite gängige rechte Argumentationsmuster und verbreitet rassistische und antimuslimische Hetze. Aus diesem Grund findet sie auch im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 2021 Erwähnung. Trotz des Namens ist der *Aufbruch Leverkusen* über die Stadtgrenzen Leverkusens hinaus vernetzt.

Die *Nationaldemokratische Partei Deutschland* (NPD) trat ebenfalls nicht zur Landtagswahl 2022 an. Die seit 1964 bestehende Organisation vertritt rassistische, antisemitische und antidemokratische Positionen und verfolgt eine Politik, die auf einem „homogenen Staatsvolk“ als „Abstammungs-, Sprach- und Kulturgemeinschaft“ basiert. Damit besetzt sie klassische extrem rechte bzw. neonazistische Themen. Dennoch scheiterte 2017 ihr Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Die NPD versinkt immer weiter in der Bedeutungslosigkeit, was sich u.a. in sinkenden Mitgliederzahlen ausdrückt. Auch Versuche, wie nicht zuletzt zur Bundestagswahl 2021, auf gesellschaftliche Debatten rund um die Corona-Pandemie einzuwirken, konnten der Partei keinen Aufschwung verschaffen. Im Regierungsbezirk Köln besteht nur in Heinsberg und im Rhein-Sieg-Kreis ein mehr oder weniger aktiver Kreisverband. Bei der Bundestagswahl 2021 erhielt die NPD in NRW 0,1% der Stimmen (8.959 Wähler*innen).

Die Landesliste der 2013 gegründeten Partei *Deutsche Mitte* wurde zurückgewiesen, da sie die mindestens erforderlichen 500 Unterstützungsunterschriften nicht einreichte (vgl. o.V., 2022). Auch konnte sie in keinem Wahlkreis des Regierungsbezirks Köln Direktkandidat*innen

aufstellen. So war die Partei weder über Zweitstimmen noch über Erststimmen wählbar. Zuletzt war die *Deutsche Mitte* im Regierungsbezirk Köln zur Bundestagswahl 2017 auf der Bildfläche erschienen. Hier fiel sie neben verschwörungsideologischen Ansätzen durch ein Kurzprogramm auf, das unter anderem die Begrenzung von Einwanderung sowie die Aufnahme von Geflüchteten durch eine gezielte Auswahl forderte.

Die neonazistische Kleinstpartei *Der III. Weg*, die sich u.a. bei der Bundestagswahl 2021 in Bayern und Sachsen mit einer Landesliste zur Wahl gestellt hatte, trat im Regierungsbezirk Köln ebenfalls nicht zur Landtagswahl 2022 an. Ihr Schwerpunkt in NRW liegt im Siegerland. Im Regierungsbezirk Köln war die Partei längere Zeit nicht mehr aktiv. Auch von dem seit 2019 existierenden Stützpunkt Rheinland in Leverkusen gehen keine nennenswerten öffentlichen Aktivitäten aus.

4. Erste Einschätzungen und Thesen

Nach jeder Wahl wird nach Gründen für Wahlerfolge und –misserfolge gefragt. Es ist jedoch schwierig bis schlechterdings unmöglich, den *einen* Grund für eine Wahlentscheidung zugunsten einer extrem rechten oder rechtspopulistischen Partei zu finden. Auffällige Merkmale oder vermeintliche Zusammenhänge lassen keine eindeutigen Aussagen über eine Kausalität bezüglich des Wahlverhaltens zu, auch wenn sie in einer gewissen Regelmäßigkeit bei Wahlen auftauchen. Im Folgenden werden daher erste Einschätzungen und Thesen der MBR Köln formuliert, die keine „empirische Wahrheit“ beanspruchen, sondern vielmehr Impulse für weitere Bewertungen und Diskussionen geben sollen.

- **Konkurrenzlosigkeit im rechten Lager:** Die AfD tritt als einzige nennenswerte Rechtsaußen-Partei im Regierungsbezirk Köln zur Landtagswahl an und kann daher die gesamten Stimmen des extrem rechten Lagers auf sich vereinen. Weder die Kleinstparteien *Die Rechte* und der *Aufbruch Leverkusen*, noch die *NPD* kandidieren zur Wahl. Der Wirkungskreis *der Volksabstimmung* begrenzt sich zumeist auf den Rhein-Sieg-Kreis. Jedoch ist mit dieBasis eine parteipolitische Konkurrenz entstanden.
- **Mobilisierung des eigenen Milieus:** DieBasis adressiert vorrangig Corona-Leugner*innen und das verschwörungsideologische Spektrum und könnte der AfD an dieser Stelle Stimmen abgegraben haben. Allerdings stellt sich auch die Frage, ob dieses Spektrum überhaupt den Weg zur Wahlurne auf sich genommen hat. Wahrscheinlicher ist es, dass dieBasis (mit ihrer geringen Zustimmung bei der Landtagswahl) sich schwer mit der Überzeugung ihres „eigenen Milieus“ bzw. ihrer potentiellen Anhänger*innenschaft tat, während es die AfD nicht schaffte, Wähler*innen über ihr Stammklientel hinaus (z.B. aus dem Bereich der „traditionellen Nicht-Wähler*inne“) zu mobilisieren.
- **„Protest“:** In der politischen und medialen Öffentlichkeit ist es inzwischen ein weitestgehender Konsens, dass die AfD nicht trotz, sondern wegen ihrer Inhalte gewählt wird. Die These, dass die AfD-Wähler*innen vielfach latente oder manifest extrem rechte Einstellungen teilen, wird von verschiedenen Studien untermauert. (vgl. bspw. Bertelsmann-Stiftung 2021)
Die Partei kann vielfach auf eine Stammwähler*innenschaft zurückgreifen. Die Wahlmotive „haben sich im Zeitverlauf verschoben. Reine Protestmotive haben gegenüber 2017 an Bedeutung eingebüßt.“ (Hirndorf/ Neu, 2022, S. 5) Dennoch sind sie relevant. So gaben in einer Umfrage von infratest dimap zur Landtagswahl 48% der AfD-Wählenden an, dass die Preissteigerungen die größte Rolle bei ihrer

Wahlentscheidung gespielt hätten. Bei den anderen Parteien waren es deutlich weniger. 50 Prozent der AfD-Wählenden gaben an, sie hätten die Partei aus „Enttäuschung über die anderen Parteien“ gewählt. (vgl. tagesschau.de, 2022)

- **Sozioökonomische Milieus:** Weitere Erklärungsansätze für eine AfD-Wahlentscheidung beziehen sich auf ökonomische Faktoren. Hier werden sozial benachteiligte Milieus und Infrastrukturen in den Blick genommen. Die These, dass die AfD hier mit ihren populistischen Forderungen anschlussfähiger sein könnte, kann auch für die Interpretation der Ergebnisse 2022 plausibel formuliert werden – wenn auch nur bedingt evidenzbasiert. So beurteilten die AfD-Wähler*innen ihre wirtschaftliche Situation am schlechtesten (30% der befragten Anhänger*innen. Zum Vergleich: Bei der SPD auf dem zweiten Platz sind es nur 12 Prozent. (vgl. ebd.) Die Umfrage sieht den Stammanteil der AfD-Wählenden mit „schlechter wirtschaftlicher Situation“ bei 14% (vgl. ebd.); also deutlich über dem Durchschnitt. Dennoch sind diese Angaben nur bedingt aussagekräftig.

Die Gründe, warum die AfD in prekarierten Milieus anschlussfähig sein könnte, sind vielfältig. Einer könnte sein, dass die etablierten Parteien kaum eine Schnittstelle zu der Lebensrealität der dort lebenden Menschen aufweisen. Ein weiterer, dass sie politisch weniger beachtet und berücksichtigt werden und daher das Gefühl haben könnten, dass ‚die da oben eh tun, was sie wollen‘. Hierzu passt, dass sich die AfD als Arbeiter*innenpartei, als Partei für die ‚kleinen Leute‘ inszeniert. (vgl. Pühringer et al., 2021 und Häusler/ Roeser, 2022)

- **Weitere Faktoren:** Die Daten von infratest dimap liefern auch hier Informationen darüber, wie sich die Wähler*innen der AfD sozialstrukturell zusammensetzen. So haben wie bei den Wahlen zuvor mehr Männer als Frauen die AfD gewählt.

Auch die Alterszusammensetzung entspricht den bisherigen Erfahrungen: Die Gruppe der 18 bis 24-Jährigen und der ab 60-Jährigen wählt mit jeweils 4 Prozent eher unterdurchschnittlich AfD, bei der Gruppe 35-44 Jahre liegt die Partei mit 8 Prozent über dem Durchschnitt des landesweiten Ergebnisses (vgl. tagesschau.de 2022)

- **Stadt-Land-Gefälle:** Eine Frage, ob es ein Stadt-Land-Gefälle hinsichtlich der Wahlergebnisse gibt, lässt sich auch zur Landtagswahl nicht 100%ig beantworten. Zwar erzielte die Basis im Bereich der Erststimmen im Wahlkreis Köln I mit 0,7% (446 Stimmen) ein Ergebnis unterhalb des NRW-Durchschnitts, doch in Aachen II konnte

dieBasis mit 1,8% (864 Stimmen) ihr bestes Ergebnis erzielen. Für die Zweitstimmen lässt sich ein Stadt-Land-Gefälle in manchen Wahlkreisen erkennen, in manchen jedoch auch nicht. So erzielte dieBasis im Oberbergischen Kreis II ihr zweitbestes und im Rhein-Sieg-Kreis I ihr bestes Ergebnis und im Wahlkreis Köln II, Aachen II und Rhein-Erft-Kreis ihr schlechtestes. Auch im Bereich der Wahlergebnisse der AfD lassen sich ähnliche Ergebnisse finden. So schneidet die Partei in Bonn mit 3,4 und 3,3 Prozent der Zweitstimmen deutlich schlechter ab als im ländlichen Oberbergischen Kreis (7,3 Prozent und 9,2 Prozent).

Wird das beste und das schlechteste Ergebnis der AfD jedoch in den Blick genommen, kann durchaus ein Stadt-Land-Gefälle konstatiert werden. So erzielte die Partei ihre besten Ergebnisse im Oberbergischen Kreis I und II sowie in Euskirchen I und Euskirchen II/ Düren II. Ihre niedrigsten Ergebnisse verzeichnete die Partei in Köln I-III, Aachen I.

- **Geringe Wahlbeteiligung:** Immer wieder wird ein Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und dem Abschneiden rechter Parteien konstatiert.⁵ Auch wenn für eine eindeutige Aussage noch umfangreichere Daten fehlen, scheint dies für die diesjährige Landtagswahl nicht zu gelten: Die Wahlbeteiligung lag bei 55,5% und sank um fast 10 Punkte – und dennoch verlor die AfD an Stimmen.

Doch mit Blick auf die einzelnen Wahlkreise lässt sich durchaus ein Zusammenhang feststellen. So konnte die AfD in Köln meist dort zweistellige Prozentzahlen für sich gewinnen, wo die Wahlbeteiligung auffallend gering ausfiel. Im Wahlbüro 60902 – Bezirksrathaus Chorweiler, Bürgeramt wurde die AfD zur zweitstärksten Partei gewählt (28,32%). Die Wahlbeteiligung lag hier bei 10,85%. Gleiches zeigt sich im Wahlbüro 90902 – GGS Am Feldrain im Stadtteil Flittard im Wahlkreis Köln VII. 33 Personen wählten die AfD und verschafften ihr somit 13,36% der Zweitstimmen. Im Stadtteil Dellbrück lag die Wahlbeteiligung bei 65,16% - und damit über dem Durchschnitt. Hier erhielt die AfD mit 333 Stimmen nur 3,15% der Zweitstimmen.

- **Zusammenhang zwischen Aktivismus und Wahlpräferenz:** Die hohen Teilnehmer*innenzahl bei den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen Ende 2021/ Anfang 2022 im Oberbergischen Kreis legen den Schluss nahe, dass dieBasis im Oberbergischen Kreis einen hohen Stimmenanteil für sich gewinnen könnte. Da die Partei mehrheitlich Corona-Leugner*innen adressiert, kann es einen Zusammenhang

⁵ Teilweise machte die AfD auch gezielt dort Werbung, wo die Wahlbeteiligung besonders gering war. Vgl. auch dw.com, 2022.

zwischen ihrem Wahlergebnis und der Befürwortung von Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen geben.

Bereits zur Bundestagswahl 2021 konnte die Basis im Oberbergischen Kreis ihr bestes Wahlergebnis im Regierungsbezirk Köln für sich verbuchen. Zur Landtagswahl konnte die Basis mit 1,4% (740 Stimmen) ihr zweitbestes Ergebnis im Regierungsbezirk Köln im Oberbergischen Kreis II erzielen. Im Oberbergischen Kreis I erreichte sie jedoch nur 1,2% (623 Stimmen).

Jedoch konnte die AfD neben der Bundestagswahl 2021 auch zur Landtagswahl 2022 ihr bestes Ergebnis im Oberbergischen Kreis verzeichnen; und zwar mehr oder weniger unabhängig von ihren Aktivitäten im Vergleich zu anderen Kreisen. So stellten die Wahlkreise Oberbergischer Kreis I und II die einzigen Wahlkreise im Regierungsbezirk Köln dar, in welchen sie einen Stimmenzuwachs im Bereich der Zweitstimmen gewinnen konnten. Gleichzeitig konnten sie hier ihren höchsten Stimmenzuwachs an Erststimmen (2,9 Prozentpunkte) erzielen.

Offen bleibt jedoch Frage, warum es gerade im Oberbergischen ein Nährboden für die AfD gibt.

Die AfD konnte ihr Ergebnis von 2017 nicht wiederholen und schnitt schlechter ab, als von ihren Funktionär*innen erhofft. Auch hierzu lassen sich Thesen formulieren:

- **Abschreckung einer „bürgerlichen“ Wähler*innenschaft:** Mit Blick auf die Entscheidung des Kölner Verwaltungsgerichts, wonach das Bundesamt für Verfassungsschutz die Gesamtpartei der AfD als Verdachtsfall für extremistische Bestrebungen führen und demnach beobachten darf, stellt sich die Frage, ob potenzielle „bürgerliche“ AfD-Wähler*innen verschreckt werden. Die demokratisch wählbare Partei scheint nun ein gerichtlich attestiertes Problem mit Rechtsextremismus zu haben. Dies kann gerade Beamt*innen, welche bei ihrer Einstellung auf das Grundgesetz schwören, ein Problem darstellen. Und obwohl sich die Grenze des Sagbaren stetig weiter verschiebt, möchten wohl die wenigsten in die extrem Rechte Ecke gestellt werden.

Genauer zu untersuchen bliebe auch die Frage nach den Auswirkungen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und Aufklärungsarbeit.

- **Interne Streitigkeiten:** Neben den verlorenen Wähler*innen durch die Einstufung als Verdachtsfall könnten sich die internen Streitigkeiten der Partei negativ auf das Wahlergebnis auswirken. So scheint es mancherorts intern zu brodeln, etwa im Rhein-

Sieg-Kreis oder in Bonn⁶. Allgemein scheint die NRW-AfD durch jahrelangen Fehden und Intrigen gekennzeichnet zu sein, seien sie nun ideologisch oder durch Karriereambitionen motiviert. (vgl. Roeser, 2022, S. 24-25). So finden sich innerhalb der Partei einerseits Anhänger*innen einer ‚bürgerlichen‘ Ausrichtung, welche sich um ein moderates Erscheinungsbild bemühen und andererseits Kandidat*innen, welche nach wie vor dem nun aufgelösten „Flügel“ nahestehen. Dies kann durchaus Auswirkungen auf eine Wahlentscheidung gehabt haben.

Wahlforscher Robert Vehrkamp vermutet, dass die AfD „bis zur Hälfte ihrer Wählerinnen und Wähler aus dem Nichtwähler-Milieu“ geholt habe. „Und die gehen jetzt wieder zurück ins Nichtwähler-Lager, weil die ehemaligen AfD-Wähler zunehmend frustriert sind über die zerstrittene Partei.“ (vgl. dw.com, 2022)

- **Themen:** Die AfD spricht ihr weit rechts stehendes Kernklientel vor allem mit den Themen Migration bzw. ihrer restriktiven Haltung zur Flüchtlingspolitik an. 93 Prozent der AfD-Anhänger*innen finden es nach einer Untersuchung von infratest dimap gut, dass die AfD den „Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen“ stärker begrenzen will. Und immerhin noch 23% aller Befragten finden diesen Aspekt an der AfD gut. (vgl. tagesschau.de 2022) Das zweite große Thema ist das Engagement gegen Corona-Schutzmaßnahmen (finden 78 Prozent der Anhänger*innen wichtig). Beide Bereiche spielten bei der Landtagswahl jedoch keine große Rolle. Bei einigen Themen gewinnt die AfD in der Wahrnehmung der Wähler*innen aber an Sachkompetenz: „Beim Thema Innere Sicherheit etwa trauen ihr inzwischen immerhin acht Prozent die besten Lösungen zu. Das ist zwar weit entfernt von den 42 Prozent der CDU, aber immerhin doppelt so viel wie bei der FDP - und mehr als das Wahlergebnis der AfD.“ (tagesschau.de, 2022).

⁶ Siehe hierfür die Artikel „Streit und Zerfallserscheinungen in der AfD NRW – Teil 1: AfD Rhein Sieg Kreis“ und „Streit und Zerfallserscheinungen in der AfD NRW – Teil 2: AfD Bonn“ auf der Website der Mobilien Beratung unter <https://www.mbr-koeln.de/kopie-von-aktuell>.

Zivilgesellschaft für Demokratie

Die Mobile Beratung betont im Einklang mit vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen, wissenschaftlichen Einrichtungen, aber auch staatlichen Stellen, dass Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung auch in der viel beschworenen „Mitte der Gesellschaft“ Bestandteil des Alltags sind. Rassismus „steckt tief in unseren gesellschaftlichen Strukturen [...], in der Art und Weise, wie wir sprechen gelernt haben, in unseren Kinderbüchern, Schulbüchern, in der Werbung. Es gibt eigentlich keine Räume, in denen Rassismus nicht wirkt“, so Tupoka Ogette. „Es ist ein bisschen wie Smog, den wir täglich einatmen.“ (Wiedenhöft, 2020)

Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, gemeinsam an der Veränderung dieser Sozialisationsfaktoren zu arbeiten. Dies gilt auch für weitere Bereiche. Gesellschaftliche Krisen und Konflikte haben eine große Auswirkung darauf, ob demokratiegefährdende Einstellungen aktiviert werden. (vgl. Zick, 2021, S. 17 ff). Dies ist unter anderem durch einen wahrgenommenen Kontrollverlust zu erklären. Krisen können demnach den Wunsch nach Sicherheit, Kontrolle, Zugehörigkeit und nach (einfachen) Erklärungen für die eingetretenen Veränderungen auslösen. Beobachten lässt sich dies gut an den Auseinandersetzungen in der Corona-Pandemie: Verschwörungserzählungen haben sich bis zu einem gewissen Grad „normalisiert“ und das Spektrum des Sagbaren hat sich weiter verschoben. Doch auch „schon vor der Pandemie wurden der Hass gegen Minderheiten, die Verbreitung von Hassreden im Internet und vor allem rechtsextreme Gewalt und Terror immer sichtbarer.“ (ebd., S. 24)

Gerade in Krisenzeiten, aber auch darüber hinaus, wird sichtbar, dass es auch weiterhin eine starke Zivilgesellschaft braucht, die rassistischen, völkischen, antifeministischen und diskriminierenden Ansichten und Positionen eine Absage erteilt. Gleichermäßen bedarf es der Reflexion eigener Verstricktheiten und blinder Flecken. Die für die Mobile Beratung maßgebliche „Orientierung an Menschenrechten, die mitunter noch immer nur Ideal und nicht für alle Menschen gleichermaßen verwirklicht sind, bedeutet auch, dass institutioneller Rassismus und ungleiche Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen kritisierbar sein müssen“ (Bundesverband Mobile Beratung, 2020, S. 15).

So zeichnet sich der Ansatz Mobiler Beratung durch eine „menschenrechtsorientierte Haltung und den Leitgedanken der demokratischen Kultur aus, diese sind zugleich ein Gegenentwurf zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus und anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit.“ (Bundesverband Mobile Beratung, 2020, S. 5)

Die MBR Köln bietet Beratung für all diejenigen an, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren wollen oder müssen. Wenn Sie Interesse an einer Beratung haben, melden Sie sich gerne bei den Kolleg*innen unter mbr@stadt-koeln.de oder telefonisch unter 0221/ 221-27162.

Unabhängig von konkreten Vorfällen im Bereich von Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung berät, begleitet und qualifiziert die MBR Organisationen, Institutionen (...) und Engagierte auch langfristig. Schreiben Sie uns gerne.

Weitere Informationen zu der MBR finden Sie auf unserer Website unter <https://www.mbr-koeln.de/>

5. Anhang

Tabellen

Ergebnisse zur Landtagswahl 2022 in NRW

	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der BTW 2017
Wahlbeteiligung	55,5% (7.201.210)	-9,7%	55,5% (7.201.210)	-9,7%
CDU	36,6% (2.607.763)	-1,7%	35,7% (2.552.337)	+2,7%
SPD	29,4% (2.092.815)	-5,1%	26,7% (1.905.033)	-4,6%
GRÜNE	17,8% (1.269.484)	+11,8%	18,2% (1.299.580)	+11,8%
DIE LINKE	2,3% (162.075)	-2,6%	2,1% (146.611)	-2,8%
FDP	5,5% (390.084)	-3,1%	5,9% (418.448)	-6,7%
AfD	5,2% (368.314)	-0,2%	5,4% (388.893)	-1,9%
dieBasis	0,8% (55.243)	-	0,8% (59.937)	-
Volksabstimmung	0,0% (1.033)	-0%	0,1% (5.613)	-0%

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Landtagswahl 2022 in den jeweiligen Wahlbezirken im Regierungsbezirk Köln dargestellt (siehe Ministerium des Innern –Landeswahlleiter, 2022). Berücksichtigt werden ausschließlich die weiter oben differenziert dargestellten Parteien *Alternative für Deutschland, die Basisdemokratische Partei Deutschland* und *Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen*.

Aachen I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	-	- 3,6% (2.219)	2,6% (1.303)	- 1,7%
dieBasis	1,5% (758)	-	0,8% (399)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (24)	- 0%

Aachen II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	-	-4,6%	3,5% (1.716)	- 1,6%
dieBasis	1,8% (864)	-	0,8% (396)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (26)	- 0%

Aachen III	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	5,2% (3.078)	-0,8%	5,5% (3.267)	- 1,6%
dieBasis	0,8% (472)	-	0,6% (355)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (49)	- 0%

Aachen IV	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	5,1% (3.071)	-0,5%	5,2% (3.120)	- 1,5%
dieBasis	1,0% (613)	-	0,9% (524)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (51)	- 0%

Rhein-Erft Kreis I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	5,7% (3.858)	-0,5%	5,7% (3.864)	- 2,4%
dieBasis	0,9% (594)	-	0,8% (549)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (55)	- 0%

Rhein-Erft Kreis II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	4,7% (2.977)	-	4,9% (3.097)	- 2,4%
dieBasis	0,8% (483)	-	0,6% (403)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (54)	- 0%

Rhein-Erft Kreis III	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	5,3% (3.394)	-1,0%	5,4% (3.463)	- 2,5%
dieBasis	0,9% (561)	-	0,9% (549)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (45)	- 0%

Euskirchen I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	7,6% (4.863)	-1,3%	7,1% (4.595)	- 0,8%
dieBasis	-	-	0,9% (595)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (78)	- 0%

Heinsberg I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	5,1% (2.509)	+0,1%	5,4% (2.676)	- 0,6%
dieBasis	0,9% (442)	-	0,9% (421)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (34)	-0%

Heinsberg II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	6,1% (3.272)	-0,3%	6,2% (3.324)	- 1,0%
dieBasis	1,2% (669)	-	1,2% (618)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (47)	- 0%

Düren I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	6,6% (3.955)	-0,8%	6,5% (3.916)	- 0,7%
dieBasis	1,3% (748)	-	0,9% (550)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (64)	- 0 %

Düren II – Euskirchen II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	6,9% (4.098)	+ 0,6%	6,6% (3.987)	- 1,2%
dieBasis	1,5% (911)	-	1,2% (694)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (83)	- 0%

Köln I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	2,6% (1.723)	-1,5%	2,8% (1.833)	- 2,0%
dieBasis	0,7% (446)	-	0,7% (439)	-
Volksabstimmung	-	-	0% (25)	-0%

Köln II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	2,2% (1.705)	-1,0%	2,1% (1.622)	- 1,6%
dieBasis	-	-	0,6% (468)	-
Volksabstimmung	-	-	0% (37)	-0,1%

Köln III	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	2,8% (1.861)	-1,7%	2,8% (1.806)	- 2,4%
dieBasis	0,8% (522)	-	0,7% (481)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (38)	- 0 %

Köln IV	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	5,6% (2.696)	-1,7%	5,6% (2.690)	- 2,6%
dieBasis	0,8% (389)	-	0,8% (377)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (39)	- 0%

Köln V	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	5,6% (2.890)	-2,0%	5,7% (2.959)	- 2,7%
dieBasis	-	-	0,7% (360)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (54)	- 0%

Köln VI	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	3,6% (2.196)	-1,7%	3,4% (2.036)	- 2,3%
dieBasis	-	-	0,7% (401)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (44)	- 0%

Köln VII	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	4,6% (2.154)	-2,2%	4,5% (2.147)	- 2,8%
dieBasis	1,1% (497)	-	0,9% (404)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (46)	- 0%

Leverkusen	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	5,8% (3.376)	-1,3%	5,8% (3.367)	- 2,6%
dieBasis	1,3% (732)	-	1,0% (610)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (39)	- 0%

Rhein-Bergischer Kreis I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	4,2% (2.681)	-1,3%	4,3% (2.710)	- 1,9%
dieBasis	1,0% (620)	-	1,0% (631)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (39)	- 0%

Rhein-Bergischer Kreis II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	5,0% (3.400)	-0,9%	4,8% (3.310)	- 1,7%
dieBasis	-	-	1,0% (662)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (46)	- 0%

Oberbergischer Kreis I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	7,4% (3.814)	+1,8%	7,3% (3.763)	+0,5%
dieBasis	1,3% (685))	-	1,2% (623)	-
Volksabstimmung	-	--	0,1% (48)	- 0%

Oberbergischer Kreis II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	9,8% (5.033)	+ 2,9%	9,2% (4.789)	+ 1,0%
dieBasis	-	-	1,4% (740)	-
Volksabstimmung	-	--	0,2% (81)	+0,1%

Rhein-Sieg-Kreis I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. Zu %-Punkten LTW 2017
AfD	5,6% (3.144)	-0,8%	6,0% (3.350)	- 1,2%
dieBasis	1,7% (955)	-	1,5% (833)	-
Volksabstimmung	0,4% (233)	-0,2%	0,3% (167)	- 0,1%

Rhein-Sieg-Kreis II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. Zu %-Punkten LTW 2017
AfD	4,1% (2.296)	+1,6%	4,3% (2.437)	- 1,7%
dieBasis	1,3% (737)	-	1,1% (636)	-
Volksabstimmung	0,4% (213)	-0,4%	0,2% (113)	- 0%

Rhein-Sieg-Kreis III-Euskirchen III	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. Zu %-Punkten LTW 2017
AfD	4,9% (3.086)	-1,7%	5,1% (3.198)	- 2,1%
dieBasis	1,5% (927)	-	1,3% (827)	-
Volksabstimmung	-	-	0,1% (75)	- 0,1%

Rhein-Sieg-Kreis IV	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. Zu %-Punkten LTW 2017
AfD	5,1% (2.542)	-0,9%	5,3% (2.673)	- 2,4%
dieBasis	1,1% (563)	-	1,0% (483)	-
Volksabstimmung	0,5% (269)	-0,2%	0,3% (161)	- 0%

Rhein-Sieg-Kreis V	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. Zu %-Punkten LTW 2017
AfD	5,3% (2.692)	+1,8%	5,5% (2.095)	- 1,4%
dieBasis	1,4% (690)	-	1,1% (578)	-
Volksabstimmung	0,6% (318)	-0,4%	0,3% (177)	- 0%

Bonn I	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	3,4% (2.284)	-	3,4% (2.342)	- 2,2%
dieBasis	1,0% (687)	-	1,0% (660)	-
Volksabstimmung	-	-	0% (22)	- 0,1%

Bonn II	Erststimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017	Zweitstimmen	Diff. zu %-Punkten der LTW 2017
AfD	2,9% (2.116)	-1,3%	3,3% (2.363)	- 2,3%
dieBasis	1,0% (700)	-	0,9% (682)	-
Volksabstimmung	-	-	0% (32)	- 0%

Literatur und Quellen

- AfD NRW (2022): Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 18. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen. Online unter: <https://cdn.afd.tools/sites/2/2022/03/15192021/AfD-NRW-Wahlprogramm-Landtagswahl-NRW-2022.pdf> (abgerufen am 26.04.2022).
- AfD TV (2022): Offizieller Wahlwerbespot der AfD zur Landtagswahl in NRW. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=3LxcxLVIt-0> (abgerufen am 20.05.2022).
- Becker, Andrea/ Heil, Georg (2022): Putins Propagandist im Bundestag. Online unter: <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/afd-ukraine-russland-101.html> (abgerufen am 24.05.2022).
- Bertelsmann Stiftung (2021): Rechtsextreme Einstellungen der Wähler:innen vor der Bundestagswahl 2021. Online unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Einwurf_1_2021.pdf (abgerufen am 08.10.2021).
- Bundesverband Mobile Beratung (2020): Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Inhaltliche und methodische Grundsätze. Dresden.
- Bundesverband Mobile Beratung (2021): Policy Paper zur Bundestagswahl 2021. Online unter: https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2021/10/2021-10-07-BMB_Policy-Paper_Bundestagswahl-2021.pdf (abgerufen am 18.05.2022).
- Bräutigam, Frank (2022): Beobachten erlaubt. Online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/analyse-afd-105.html> (abgerufen am 27.04.2022).
- Decker, Oliver/ Brähler, Elmar (Hg.) (2020): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen: Psychosozial-Verlag. Online unter: https://www.boell.de/sites/default/files/2021-04/Decker-Braehler-2020-Autoritaere-Dynamiken-Leipziger-Autoritarismus-Studie_korr.pdf?dimension1=ds_leipziger_studie (abgerufen am 29.09.2021).
- dieBasis (2022): Wir sind die Basisdemokratische Partei Deutschland. Online unter: <https://diebasis-partei.de/> (abgerufen am 23.05.2022; zitiert als „dieBasis 1, 2022“).
- dieBasis (2022): Unsere wichtigsten Themen. Online unter: <https://nrw.diebasis.nrw/kernthemen-ltw-2022/> (abgerufen am 26.04.2022, zitiert als „dieBasis 2, 2022“).
- dieBasis (2022): Unsere Direktkandidaten. Online unter: <https://nrw.diebasis.nrw/kandidaten/> (abgerufen am 20.04.2022, zitiert als „dieBasis 3, 2022“).
- dieBasis (2022): Unsere Landesliste. Online im Internet unter: <https://nrw.diebasis.nrw/landesliste/> (abgerufen am 26.04.2022, zitiert als „dieBasis 4, 2022“).
- dieBasis (2021): YouTube – Löschung des Kanals von dieBasis NRW. Online im Internet unter: <https://diebasis-partei.de/2021/06/youtube-loeschung-des-kanals-von-diebasis-nrw/> (abgerufen am 26.04.2022, zitiert als „dieBasis 1, 2021“).
- dieBasis (2021): Für gemeinsame Wege in die Zukunft. Flyer online im Internet unter: <https://diebasis-lvsh.de/index.php/download/flyer-broschueren.html?download=20:flyer-basis-gesund-und-bunt> (abgerufen am 26.04.2022, zitiert als „dieBasis 2, 2021“).
- dieBasis (2021): Alle 8 Minuten findet ein Nichtwähler zur Basis. Flyer online im Internet unter: <https://diebasis-partei.de/wp-content/uploads/2021/08/dieBasis-Alle-8-Minuten-findet-ein-Nichtwaehler-zur-Basis-Flyer-Nichtwaehler-Stand-2021-06-05.pdf> (abgerufen am 26.04.2022, zitiert als „dieBasis 3, 2021“).
- dw.com (2022): Nichtwähler auf dem Vormarsch. Online unter: <https://www.dw.com/de/nichtw%C3%A4hler-auf-dem-vormarsch/a-61913352> (abgerufen am 18.05.2022).
- Fleck, Helmut (2022): Wahlaussagen – Volksabstimmung – zur Landtagswahl NRW am 15.05.2022. Online im Internet unter: https://blog.demokratie-durch-volksabstimmung.de/files/2022/6_Wahlaussagen_-Volksabstimmung-_zur_Landtagswahl_NRW_am_15-05-2022_und_Vorschlge_fr_Volksabstimmungen.pdf (abgerufen am 12.04.2022, zitiert als Fleck 1, 2022).

- Fleck, Helmut (2022): Infobrief „Volksabstimmung“. Online unter: https://blog.demokratie-durch-volksabstimmung.de/files/2022/07_04_2022/Wir_wuenschen_Ihnen-und-Ihren-Angehorigen-schoene_Ostern.pdf (abgerufen am 12.04.2022, zitiert als Fleck 2, 2022).
- Häusler, Alexander/ Roeser, Rainer (2022): Entwicklung und politische Verortung der AfD im Bund und in Nordrhein-Westfalen Einblicke und Bewertungen im Vorfeld der Landtagswahl in NRW 2022. FORENA-Diskussionspapier. Online unter: https://www.forena.de/wp-content/uploads/2022/02/FORENA_Diskussionspapier_1_2022.pdf (abgerufen am 18.05.2022).
- Hirndorf, Dominik/ Neu, Viola (2022): Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 15. Mai 2022. Konrad Adenauer Stiftung. Monitor Wahl und Sozialforschung. Online unter: <https://www.kas.de/documents/252038/16166715/Analyse+der+Landtagswahl+Nordrhein-Westfalen+2022.pdf/c8fd8635-e9a8-33b1-d780-171c5463eba3?version=1.0&t=1652710146542> (abgerufen am 18.05.2022).
- Kellershohn, Helmut (2021): Völkischer Neoliberalismus. Anmerkungen zum Bundestagswahlprogramm 2021 der AfD. In: DISS-Journal. Sonderausgabe 4. Online unter: <http://www.diss-duisburg.de/download/dissjournal-dl/DISS-Journal-Sonderausgabe-4.pdf>, S. 10 (abgerufen am 18.05.2022).
- Küpper, Beate/ Berghan, Wilhelm/ Zick, Andreas/ Rump, Maike (2021): Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen. In: Zick, Andrea/ Küpper, Beate (Hg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn. S. 43-74.
- MBR NRW (2017): Extrem rechte und rechtspopulistische Parteien in NRW. Analyse zum Wahlkampf und den Ergebnissen bei der Landtagswahl 2017.
- MBR Köln (2020): Extrem rechte und rechtspopulistische Parteien im Regierungsbezirk Köln in der Kommunalwahl 2020.
- MBR Köln (2021): Extrem rechte und rechtspopulistische Parteien im Regierungsbezirk Köln bei der Bundestagswahl 2021.
- Ministerium des Innern – Landeswahlleiter (2022): Wahlergebnisse in NRW. Vorläufige Ergebnisse in den NRW-Wahlkreisen zur Landtagswahl. Online unter: <https://www.wahlergebnisse.nrw/landtagswahlen/2022/index> (abgerufen am 19.05.2022).
- Niedermayer, Oskar/ Poguntke, Thomas (2021): Alternative für Deutschland. AfD. Online im Internet unter: <https://www.bpb.de/themen/parteien/wer-steht-zur-wahl/bundestagswahl-2021/338930/alternative-fuer-deutschland/> (abgerufen am 10.09.2021).
- o.V. (2022): Landtagswahl am 15. Mai 2022: 29 Landeslisten zugelassen. Online im Internet unter: <https://www.im.nrw/landtagswahl-am-15-mai-2022-29-landeslisten-zugelassen> (abgerufen am 12.04.2022).
- Pühringer, Stephan/ Beyer, Karl M./ Kronberger, Dominik (2021): Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD. OBS-Arbeitspapier 52. Frankfurt am Main. 2021. Online unter: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP52_AfD_WiPo_SoPo.pdf (abgerufen am 18.05.2022).
- Roeser, Rainer (2022): Scheitern nicht ausgeschlossen. Die AfD vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. In: Lotta, Frühjahr 2022, H. 86, S. 24 – 26.
- Savelsberg, Alex (2022): Facebook-Post v. 12.02.2022. Online unter: <https://www.facebook.com/savelsberg.alex> (abgerufen am 18.05.2022).
- Schmitz-Vardar, Merve (2021): Basisdemokratische Partei Deutschland. dieBasis. Online im Internet unter: <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestagswahl-2021/338960/dieba-sis> (abgerufen am 10.09.2021).
- tagesschau.de (2022): Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2022. Hauptgründe für das Wahlergebnis. Online unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2022-05-15-LT-DE-NW/umfrage-aktuellethemen.shtml> (abgerufen am 18.05.2022).

Wiedenhöft, Sarah (2020): Antirassismus-Trainerin. ‚Rassismus ist ein bisschen wie Smog, den wir täglich einatmen‘. Online im Internet unter: <https://www.spiegel.de/familie/umgang-mit-rassistischem-denken-rassismus-ist-ein-bisschen-wie-smog-den-wir-einatmen-a-8fff674a-80dc-45ed-935b-290c24f127d0> (abgerufen am 2.05.2022).

Wildt, Michael (2017): Volk, Volksgemeinschaft, AfD. Hamburg.

Zick, Andreas (2021): Die gefährdete wie geforderte Mitte in Zeiten einer Pandemie. In: Ders/ Küpper, Beate (Hg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn. S. 17-31.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert von



lks.nrw
Landeskoordinierungsstelle gegen
Rechtsextremismus und Rassismus



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen

